Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

12.02.2021 Drucksache 18/13545

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Andreas Winhart, Ulrich Singer, Jan Schiffers und Fraktion (AfD)

Maßnahmen beenden - Verhältnismäßigkeit wahren!

Der Landtag wolle beschließen:

- Der Landtag stellt fest, dass die aktuellen Inzidenzwerte auch nach der ursprünglich von der Staatsregierung vertretenen Auffassung die Fortführung der Lockdown-Maßnahmen nicht mehr rechtfertigen und erteilt einer weiteren Absenkung der Inzidenzgrenzen eine Absage.
- 2. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, mit sofortiger Wirkung sämtliche Lockdown-Maßnahmen aufzuheben, insbesondere:
 - Ausgangsbeschränkungen in jeder Form
 - Kontaktbeschränkungen
 - Einschränkungen von Veranstaltungen und Versammlungen
 - Einschränkungen bei Gottesdiensten
 - Pflicht zum Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen jeder Art
 - Schließung des Einzelhandels
 - Beschränkungen k\u00f6rpernaher Dienstleistungen
 - Schließung von Hotels und Gaststätten
 - Schließung von Schulen und Kindertagesstätten
 - Schließung von Sportstätten
 - Schließung von Museen, Theatern und Konzerthäusern
 - Schließung von Zoos
- 3. Die Staatsregierung wird aufgefordert,
 - zum Schutz vulnerabler Gruppen den Betreibern von Alten- und Pflegeheimen sowie Krankenhäusern aufzutragen, Hygienekonzepte anzuwenden, durch die Betroffene soweit als möglich nicht isoliert werden und am sozialen Leben teilhaben können,
 - Geschäftsinhabern und Veranstaltern zu erlauben, vorübergehend die bereits im letzten Jahr erfolgreich umgesetzten Hygienekonzepte wieder in Kraft zu setzen, um schrittweise eine Rückkehr zur Normalität zu ermöglichen.

Begründung:

Die Bundesregierung wie auch die Staatsregierung haben mehrfach das Ziel einer Inzidenz von 50 Fällen auf 100 000 Einwohner als Voraussetzung für die Beendigung des Lockdowns bestimmt. Bürger, Gewerbetreibende, Freiberufler, Gastronomen und zahlreiche andere Gruppen haben sich auf diese Aussagen verlassen und werden nun von

Ministerpräsident Dr. Markus Söder bitter enttäuscht. Ohne wissenschaftliche Basis verkündete der Ministerpräsident sein Bestreben, einen Inzidenzwert von 10 für das Ende des Lockdowns anzupeilen.

Nicht nur wirtschaftlich ist die Lockdown-Politik der Staatsregierung eine Katastrophe für das Leben der Bürger, auch psychisch und sozial sind die Auswirkungen nicht mehr länger zu ertragen. Eine Umfrage des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) ergab, dass zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen durch die gegenwärtigen Einschränkungen seelisch belastet sind¹. Verursacht durch die permanente Panikmache von Politik und Medien leiden auch sehr viele Erwachsene unter Angststörungen und Depressionen.

Angesichts des Rückgangs der Krankenzahlen ist die Verhältnismäßigkeit für die massiven Einschnitte in das Privat-, Gesellschafts- und Berufsleben nicht mehr gegeben. Die Maßnahmen sollten sich daher ausschließlich auf Risikogruppen beschränken und nicht die gesamte Gesellschaft beeinträchtigen.

Mittlerweile stellte sich zudem heraus, dass Bundesinnenminister Horst Seehofer zu Beginn der Coronakrise massiv auf Wissenschaftler einwirkte und Gefälligkeitsgutachten bestellte, um "weitere Maßnahmen präventiver und repressiver Natur" planen zu können. Mittels "gewünschte(r) Schockwirkung" sollten die Menschen dazu gezwungen werden, die politisch motivierten Einschränkungen der Freiheitsrechte widerspruchslos hinzunehmen².

Damit wird offenbar, dass die Politik das Auftreten des Sars-CoV-2-Erregers nutzte, um ohne Evidenz Freiheitsrechte einzuschränken, die Demokratie abzubauen und die Wirtschaft zum Nachteil des inländischen Mittelstandes zu schädigen.

Ravens-Sieberer, U., Kaman, A., Erhart, M. et al. Impact of the COVID-19 pandemic on quality of life and mental health in children and adolescents in Germany. Eur Child Adolesc Psychiatry (2021). https://doi.org/10.1007/s00787-021-01726-5

https://www.welt.de/politik/deutschland/article225991449/Corona-Papier-Opposition-fordert-Aufklaerung.html, abgerufen am 10.2.2021.